

"Der Berg des Elends" in Süddeutsche Zeitung (19. November 1946)

Legende: Am 19. November 1946 zieht die Münchner Tageszeitung Süddeutsche Zeitung eine katastrophale Bilanz der humanitären Lage im zerstörten Deutschland und ruft auf zu christlicher Nächstenliebe.

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. Friedmann, Werner; Goldschagg, Edmund; Schöningh, Dr. Franz Joseph; Schwingenstein, August. 19.11.1946, Nr. 95; 2. Jg. München: Süddeutscher Verlag.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"der_berg_des_elends"_in_suddeutsche_zeitung_19_november_1946-de-3fd1a6d3-3cf6-4d9a-b7e0-2f26c7cb4b4c.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 15/09/2012

Der Berg des Elends

Von Werner Friedmann

Als die allerersten Betroffenen des Bombenkrieges aus den Kellern ihrer zertrümmerten Häuser hervorkrochen, wurden sie von einer Welle von Mitgefühl und Hilfsbereitschaft empfangen. Waren sie doch Menschen mit einer Art von Seltenheitswert, interessante erste Vertreter einer neuen Gattung von Lebewesen, die dieses an negativen Schöpfungen so reiche Jahrhundert als „Ausgebombte“ bezeichnete. Dann aber stieg ihre Zahl ins Riesenhafte und die Herzen ihrer Mitmenschen verhärteten sich, einem Naturgesetz folgend, gemäß dem das Mitgefühl proportional zum Anwachsen der Not nachläßt, weil die Kraft des Mitleidens ganz einfach an Ziffern, die ins Unermeßliche gehen, scheitert. Zehn Arme – gut! Da öffnet man Taschen und Kleiderschränke. Aber Millionen Arme – da hört das Vorstellungsvermögen des Durchschnittsbürgers auf. Er schließt die Augen und zieht es, solange er das Glück hat, selbst kein Betroffener zu sein, vor, nichts zu sehen und den heiligen Florian zu bitten, weiterhin fremde Häuser anzuzünden, wenn nur das eigene verschont bleibt.

Wenn man das Elend einer Flüchtlingsfamilie in allen Einzelheiten schildert, werden ganz gewiß viele brave Leser gerührt an die Redaktion schreiben und dieser Familie ihren Beistand anbieten. Was aber wird geschehen, wenn wir eine Liste veröffentlichen, die auf dem Schreibtisch des bayerischen Staatskommissars für das Flüchtlingswesen liegt und die lakonische Ueberschrift hat „Dringendster Bedarf für das Flüchtlingswesen“? Darin wird mit dürren Ziffern gesagt, daß 1946 in Bayern 470 000 Menschen, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden, keine Matratze besitzen und 850 000 keine Wolldecke. 500 000 Flüchtlinge haben weder ein Bett noch einen Strohsack, 700 000 besitzen kein Paar gebrauchsfertiger Schuhe. 1 Million nennt nicht einen einzigen Teller ihr eigen und eineinhalb Millionen nicht eine einzige Kaffeetasche. 20 000 Familien brauchen einen Ofen, 150 000 Männer und 480 000 Frauen und Mädchen haben keine Unterwäsche. 285 000 Kindern fehlt es an den allernotwendigsten Kleidungsstücken.

Was die Statistik nicht sagt, sind die Tatsachen, daß diese Kinder nicht in der Lage sind in die Schule zu gehen, daß Tausende, die von Beruf Bauern sind und die Arbeit lieben, nicht in der Landwirtschaft helfen können, weil sie eben keine Schuhe haben, daß es beispielsweise in Nürnberg einen Bunker gibt, in dem Hunderte von Männern, Frauen und Kindern seit über einem Jahr hausen, von denen ein Großteil nur bei warmem, trockenem Wetter ans Tageslicht gehen kann. Jetzt müssen sie fast alle ständig ihr Dasein in übervollen Bunkerabteilen verbringen, die infolge von Stromschwierigkeiten nach Angaben des Flüchtlingskommissars mitunter tagelang dunkel sind und von deren Wänden die Feuchtigkeit rinnt.

Wie gesagt – angesichts eines solchen Berges von Elend versagen Mitleid und Phantasie ebenso wie etwa gegenüber der Millionenziffer der in Hitlers KZs Gemordeten, die mit normalem Vorstellungsvermögen einfach nicht mehr faßbar ist. Staatskommissar Dr. Jaenicke, der unlängst in den fünf bayerischen Regierungsbezirken vor Landräten und Bürgermeistern über diese Dinge sprach, glaubte, ein sattem bekanntes Thema zu behandeln. Aber siehe da – es war in den Sälen still wie in einer Kirche. Das Staunen über ein solches Uebermaß von Not hatte selbst Leute, die sich bisher „fachkundig“ wähten, in beinahe ungläubige Erstarrung versetzt.

Was nützen da noch Aufrufe und schöne Worte? Diejenigen deren Haus und Habe St. Florian verschont hat, ziehen es vor, sich bestenfalls mit einer Geldspende von den leisen Mahnrufen des Gewissens freizukaufen und sich im übrigen nicht betroffen zu fühlen. Was können sie dafür, daß es der Zufall oder die im Dritten Reich so häufig zitierte „Vorsehung“ gut mit ihnen meinten? Sie finden von sich aus nicht die *B r ü c k e*, die es zwischen den zwei Welten der Armen und der Reichen gibt. „Wir sind gute Christen“, sagen sie, „jeder Christ aber bejaht das *P r i v a t e i g e n t u m* als Voraussetzung eines gesunden Familienlebens“. Und manche blicken mit scheelen Augen auf den Sozialismus, in dem sie nichts anderes als eine Weltanschauung erblicken, die das Privateigentum irgendwie bedroht.

Das ist ebenso bequem wie *f a l s c h*. Denn einmal hat der christliche Eigentumsbegriff nichts mit dem bürgerlich-kapitalistischen Eigentumsbegriff zu tun, zum anderen aber war es nie so notwendig, daß sich Christentum und Sozialismus die Hand reichen wie heute. Diesem an sich natürlichen Vorgang, der seit

Jahrhunderten auch durch zahlreiche Aussprüche von Päpsten und katholischen Kirchenlehrern eindeutig unterstützt wird (vgl. Fedor Stepuns Aufsatz „Die Pflicht zum Eigentum und das Recht der Enteignung“ im ersten Heft des wiedererschienenen „Hochland“), stehen nur die Vorurteile jener Besitzenden gegenüber, die sich – ihrem Eigentum zuliebe – Christen n e n n e n .

Praktisch gesprochen: Vielleicht wird der Tag kommen, an dem der Staat gezwungen ist, sich im allgemeinen Interesse in irgendeiner Form in die Eigentumsverhältnisse einzumischen. Was er heute tun muß, wenn er die schwierigste Frage unserer Zeit lösen will, ist das: Nicht die kostbaren Teppiche und Oelgemälde, die Brillantringe und Kunstwerte, die der einzelne gerettet hat, müssen erfaßt werden. Aber die Teller und Kaffeetassen, die Woldecken und Küchenhocker, die Bettstellen und Kochtöpfe, die Arbeitsschuhe und warme Unterwäsche. Wenn man zu einem Zeitpunkt so unvorstellbarer Not jenen, die drei Eßgeschirre und vier Bettdecken und fünf Paar Schuhe und sechs Anzüge und sieben Garnituren Leibwäsche besitzen, einen kleinen Teil dessen, was überzählig ist – den schlechteren Teil und meinetwegen gegen Entschädigung – abfordert, so ist das kein Verstoß gegen die verfassungsmäßig garantierte Anerkennung des Privateigentums, aber es ist p o s i t i v e s C h r i s t e n t u m ! Ein einigermaßen gerechter Ausgleich zwischen wohlgefüllten Geschirr- und Wäscheschränken und erbärmlich leeren Flüchtlingsköfferchen ist kein als „undemokratischer Zwang“ abzulehnender Eingriff in das bürgerliche Familienleben, er ist für jeden, der mit offenen Augen durch unsere Welt geht, eine Notwendigkeit, deren Verkennung ernste Folgen – besonders für die Besitzenden selbst – mit sich bringen muß.